

# Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeilen frei ins Haus geliefert; durch die Post im innerdeutschen Verkehr M. 4.85 und 90 Pfg. Postbestellgeld. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Calmbach durch die Austrägerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 33.

Nr. 8

Dienstag, 13. Januar 1920

Jahrgang 54

## Kaiser Karls Pläne.

Paris, 8. Jan. Die Blätter veröffentlichen weitere Einzelheiten über die Pläne des Kaisers Karl, im Frühjahr des Jahres 1917 einen Sonderfrieden zu schließen und ein Bündnis mit Rußland, England und Frankreich gegen Deutschland einzugehen, ein Plan, der nur daran scheiterte, daß die Entente ohne Zustimmung Italiens das Bündnis mit Oesterreich nicht abschließen wollte. Italien verlangte als Preis das Trentino, Dalmatien und die Inseln, worauf Kaiser Karl nicht einging. Der Brief Kaiser Karls vom 24. März 1917 führt aus, es handle sich darum, zuerst mit Frankreich zu einer vollständigen Verständigung zu gelangen und durch Frankreich mit England und Rußland, jedoch Oesterreich zu den Deutschen, wenn sie sich gegen einen Frieden verweigern, sagen könne: Wir werden nicht fortfahren, für den König von Preußen zu kämpfen. Wir werden die nötigen Opfer bringen und sofort Frieden schließen.

Am 31. März erhaltete Sirtus dem Präsidenten Poincaré in Anwesenheit von Ribot und Jules Cambon Bericht über seine Wiener Reise, und Poincaré fasste den Inhalt der langen Unterredung dahin zusammen: „Es handelt sich also nicht um einen Waffenstillstand, sondern um einen Sonderfrieden n, bestimmt, den Block der Mittelmächte zu sprengen, einen Sonderfrieden mit Oesterreich, das sich diplomatisch auf unsere Seite stellen würde.“ Der Prinz versichert in der letzten Unterredung, Kaiser Karl sei aus Achtung vor Frankreich nicht an die französische Grenze gekommen und werde auch nie hingehen. Seine Hoffnung auf die Zukunft sei in Bündnis zwischen Rußland, Frankreich, England und Oesterreich.

Am 6. April teilt Jules Cambon dem Prinzen mit, es sei beschlossen worden, daß Ribot bei der Zusammenkunft mit Lloyd George in Folkestone mit ihm von der Sache sprechen soll, nachdem er ihm vorher sein Ehrenwort abgenommen habe, sie geheim zu halten. In derselben Unterredung meint Cambon, ein neuer Krieg gegen die Hohenzollern könne den Habsburgern ja nur angenehm sein. In Paris wisse man, daß Kaiser Wilhelm an Albuminurie leide und durch die russischen Nachrichten sehr niedergedrückt sei. Der Prinz und Cambon stimmten darin überein, daß die Errichtung einer Republik Deutschland eine sehr schwierige Sache wäre.

Sechs Tage später folgte eine neue Unterredung des Prinzen mit Poincaré und Cambon, in der ihm Ribot mitteilte, sei tags zuvor mit Lloyd George übereingekommen, daß die Unterhandlungen mit Oesterreich fortgesetzt werden sollen, daß Lloyd George dem englischen König in die Tasche, aber keine Einzelheiten mitteilen würde und daß es nötig sei, den Standpunkt von Poincaré kennen zu lernen. Der Prinz äußert sich gegen die Befragung Italiens, da im Falle einer Indiskretion das Leben des Kaisers Karl bedroht wäre. Poincaré und Ribot betonten, daß es sich in keiner Weise um einen Frieden Deutschlands handle, von dem Frankreich schwere Entschädigungen verlangen müsse.

Am 18. und 20. April hat der Prinz zwei Unterredungen mit Lloyd George, der ihm erklärt, England habe ein altes Gefühl der Freundschaft für Oesterreich und würde ihm gern die Hand schütten. Aber ohne Italien könne es keinen Frieden mit ihm schließen. Auch Lloyd George betont, daß von einem Frieden mit Deutschland keine Rede sein könne. Lloyd George vertritt die Hoffnung aus Bayern werde Oesterreich bald folgen und sagt: „Nächstes Jahr werden wir eine Million gutaussehender Amerikaner an unserer Seite haben und dann Deutschland in Stücke schlagen.“ Lloyd George teilte dem Prinzen mit, Italien verlange das Trentino, Dalmatien und alle die Inseln. Er deutete an, daß auch er diese Forderungen für übertrieben halte, betonte aber, daß ohne Italien kein Sonderfrieden möglich sei. Lloyd Georges letztes Wort blieb, daß offizielle Friedensverhandlungen erst möglich sind, wenn Oesterreich sich bereit erklärt, die italienischen Wünsche zu erfüllen.

## Das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 11. Jan. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat die Fraktionen der Nationalversammlung gebeten, namentliche Abstimmung über das Betriebsrätegesetz zu beantragen.

## Erhöhung der Kohlensteuer.

Berlin, 11. Jan. Wie die „Vossische Zig.“ hört, schlossen gegenwärtig Beratungen über eine Erhöhung der Kohlensteuer. Sie beträgt bisher nach dem Gesetz vom 8. April 1919 20 vom Hundert des Werts. Zu entscheiden ist diese Steuer vom Produzenten, doch ist die Abwälzung auf den Verbraucher im Gesetz selbst vorgesehen. Der Vertrag wurde zunächst auf eine halbe Milliarde jährlich geschätzt. Er ist indessen infolge der Steigerung der Kohlenpreise auf 1 1/2 Milliarden zu veranschlagen. Die Erhöhung, die nunmehr in Aussicht genommen ist, soll sehr beträchtlich werden. Man sagt einen Betrag von 4 Milliarden jährlich ins Auge. Diese Erhöhung soll einstweilen nur für ein Jahr festgelegt werden.

## Bürgerlicher Bloß in Danzig.

Berlin, 10. Jan. Bei der Vorjüngendewahl in der Danziger Stadtverordnetenversammlung erhielt der bisherige Vorjüngende von der Wirtschaftlichen Vereinigung außerdem ein Mitglied der Deutschnationalen und ein Demokrat die Mehrheit der Stimmen. Die Sozialisten trugen kein Amt davon.

## Spaltung im Zentrum.

München, 11. Jan. Der Parteitag der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) hat, wie der „Südd. Zig.“ gemeldet wird, mit großer Mehrheit den Austritt aus der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung beschlossen mit der Begründung, daß die Stuttgarter Rede des Reichsfinanzministers Erzberger dem Haß den Boden ausgeschlagen habe. Die Zentrumsfraktion verliert dadurch, einschließlich des bereits ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Deim 18 Mandate und rückt innerhalb der Mehrheitsparteien an dritte Stelle. Einige Abgeordnete der alten Richtung werden ihre Mandate niederlegen. Reichsfinanzminister Dr. Mayer-Kaufmann wird voransichtlich sein Amt niederlegen.

## Einstellung des Personenverkehrs in Bayern.

München, 11. Jan. Wegen vollständiger Störung der Kohlenzufuhr infolge Streiks und Hochwasser wird vom 13. Januar an der gesamte Personenverkehr in Bayern eingestellt. Der Güterverkehr wird auf das allerhöchste beschränkt.

## Der Eisenbahnerstreik.

Berlin, 11. Jan. Nach den amtlichen Berichten sind etwa 25 Prozent der preussischen Eisenbahner im Ausstand. Der Eisenbahnminister hat angeordnet, daß für die Dauer des Streiks kein Lohn ausbezahlt ist. In Dortmund sind die Telegraphenarbeiter in den Ausstand getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 75 Prozent. Eine gleiche Forderung erheben die sächsischen Eisenbahner. Bisher wurde den Arbeitern eine 50prozentige Erhöhung gewährt, die neue Forderung würde für den Staat eine Mehrausgabe von 300 Millionen bedeuten.

Gestern begannen die Verhandlungen der Eisenbahnbeamten mit dem Reichsfinanzministerium wegen einer Erhöhung der Steuerzulage um 150 Prozent.

Köln a. Rh., 11. Jan. Nachdem am Donnerstag die Eisenbahnarbeiter im Bezirk der Direktion Köln die Arbeit überall aufgenommen hatten, haben die Arbeiter in der Hauptwerkstätte in Ruppes am Freitag die Arbeit verlassen und bei einer Anzahl anderer Dienststellen sind die Arbeiter in einigen Gruppen ihnen gefolgt, obgleich bekannt gegeben war, daß der Stundenlohn eines gelernten Arbeiters der höchsten Altersklasse von 2.40 Mark auf 3.50 Mark erhöht worden ist. Die Beamtenschaft steht der Bewegung fern.

Hörde i. W., 11. Jan. Wegen Kohlenmangels infolge des Eisenbahnerstreiks hat die Aktiengesellschaft Phönix den Betrieb eingestellt.

London, 11. Jan. Die Konferenz der Eisenbahner lehnte sämtliche Angebote der Regierung ab. Sie erteilt dem Geschäftsaussschuß die Weisung, die Verhandlungen mit der Regierung wieder aufzunehmen.

## Der Streik im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 11. Jan. Die Versicherungsgesellschaften machten bekannt, daß die Angestellten, die bis Montag nicht zur Arbeit zurückkehren, sich als entlassen zu betrachten haben. — An den Streik haben sich ferner angeschlossen die Angestellten in Essen, Hannover, Braunschweig, Danzig, Dresden und Erfurt.

## Von der Friedenskonferenz.

Basel, 10. Jan. Nach Blättermeldungen hat die Oberste Rat auf Antrag von Hoch beschlossen, daß die Zurückziehung aller in der neutralen Zone befindlichen Reichswehrtruppen mit Eintritt des Friedenszustands innerhalb 14 Tagen erfolgen muß. Eine interalliierte Kontrollkommission wird die Durchführung der betreffenden Bestimmungen überwachen. Ueber die Zurückziehung der Polizeitruppen und der sonstigen bewaffneten Sicherheitsorgane ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

## Der Krieg im Osten.

Kopenhagen, 11. Jan. Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors, General Judenisch habe an die estnische Regierung das Ersuchen gerichtet, das russische Nordwestheer auf estnischen Schiffen an die Front Dnauks überzuführen zu dürfen. Dieser Wunsch werde sofort erfüllt werden. In letzter Zeit seien übrigens so viele Truppen zu den Bolschewisten übergesaugen, daß nur noch ein Bruchteil des früheren Nordwestheers zurückgeblieben sei.

Der spanische Botschafter in Paris, Quinones de Leon, wurde von der spanischen Regierung zu ihrem Vertreter im Bolschewisten des Völkerbundes ernannt.

London, 11. Jan. Laut „Times“ haben die Bolschewisten Nowosibirsk nach blutigem Kampf erobert. Auch in Transkaspien dauert der Vormarsch der Bolschewisten fort.

London, 11. Jan. Reuter verbreitet eine Meldung aus Odessa, wonach die Anwesenheit von 6 alliierten Kriegsschiffen die Bevölkerung beruhige. Zur Räumung seien noch keine Vorbereitungen getroffen und es sei wahrscheinlich, daß die Stadt verteidigt werde.

Washington, 11. Jan. Die amerikanischen Truppen sollen so lange nicht aus Sibirien zurückgezogen werden, als die tschecho-slowakischen Truppen sich dort befinden. Es dürfte daher mehrere Monate dauern, ehe die Truppen aus Bladivoostok zurückgezogen werden.

## Die Wirkung der Ablieferungsprämien.

Berlin, 11. Jan. In der „D. Allg. Zig.“ wird geschrieben: Nach den in den letzten Tagen bei der Reichsgetreidekasse einlaufenden Meldungen zeigt sich eine allmähliche Steigerung der täglichen Ablieferungen. Daraus ergibt sich die begründete Aussicht, daß auch für den weiteren Verlauf die Brotgetreideversorgung gesichert werden kann. In jedem Versorgungsjahr fiel die Hauptablieferungszeit auf die 2. Hälfte des Januar und die ersten Wochen des Februar. Es ist aber niemals ein Hehl daraus gemacht worden, daß wir mit der deutschen Ernte nicht über das ganze Versorgungsjahr ausreichen werden. Die Getreide- und Brotversorgung für das Frühjahr und für den Sommer wird also auch von dem Vertrag der demnächst zur Abarbeitung kommenden überseeischen Getreideverträge abhängig sein. Um aus ihnen die für Deutschland notwendigen Ernährungserträge heranzuholen, müssen aber auch entsprechende Mittel zur Zahlung bereit gestellt werden. Dies ist bereits in die Wege geleitet worden.

## Die Bischofswahl in Köln.

Köln, 11. Jan. Die Blättermeldung über die Kandidatur des belgischen Prinzen von Croÿ für den Kölner Erzbischofsstuhl werden hier allgemein als unrichtig und unmöglich bezeichnet. Auch die Kandidatur des Abtes von Maria-Laach, von Heerwegen, kommt nicht in Frage, dagegen dürfte man sich im Domkapitel auf die Wahl des Erzbischofs von Breslau, Kardinal Bertram, geeinigt haben.

## Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 11. Jan. General de Goutte hat die Bitte der preussischen Regierung, das Fürstentum Birkenfeld als unabhängiges Gebiet durch preussische Beamten verwalten zu lassen, abgelehnt.

## Von der Friedenskonferenz.

Paris, 11. Jan. Nach dem „New York Herald“ wird dem König von England anfangs März einen Besuch in Paris abstraten.

London, 11. Jan. Die „Times“ meldet aus Washington, es bestehe augenblicklich so gut wie gar keine Aussicht, daß die Vereinigten Staaten den Garantievertrag mit Frankreich bekräftigen. Die amerikanische Regierung sei noch immer für die Abhaltung einer Volksab-

Afmung über die Frage der Befähigung des Gelebensvertrags.

**Kopenhagen, 11. Jan.** Auf Veranlassung des Ministeriums für Schleswig ist ein Ausschuss zur Erörterung der Einführung der dänischen Kronenwährung in Nord-Schleswig eingesetzt worden.

#### Das englisch-japanische Bündnis.

**Paris, 10. Jan.** Der „Temps“ meldet aus Tokio, daß außer Graf Okuma sich auch Viscount Kato für die Beibehaltung des im kommenden Jahr ablaufenden englisch-japanischen Bündnisses ausgesprochen habe.

#### Die Auslieferung.

**Paris, 11. Jan.** „Journal“ schreibt, die Nachricht englischer Blätter, daß die Zahl der Auszuliefernden von 1200 auf 300 herabgesetzt werden solle, sei verfrüht. England sei allerdings für Herabsetzung eingetreten, die Liste umfasse aber immer noch 750 Namen. „Petit Parisien“ erzählt, die französische Liste solle von 400 auf 300 Namen von Zivil- und Militärpersonen ermäßigt werden.

#### Die Lehre aus dem Krieg.

**Paris, 11. Jan.** (Havas.) Marschall Foch hatte eine Unterredung mit einem Redakteur des „Epiceur“. Auf die Frage, welche Lehre Frankreich und die Welt aus dem Krieg ziehen müßte, antwortete er: Man muß sich auf alle bösen Möglichkeiten gefaßt machen. Auch beim besten Willen der Welt wird der Krieg nicht immer unvermeidlich sein. Es wäre verfehlt, sich dem Glauben hinzugeben, daß man sich nicht mehr zu schlagen brauche.

#### Lohnbewegung der englischen Bergarbeiter.

**London, 11. Jan.** Die Blätter melden, der Volkstumsausschuß des Bergarbeiterverbandes habe beschlossen, einen Teil des Gewinns der Kohlenausfuhr zu beanspruchen. Der Gewinn betrug 1919 70 Millionen Pfund Sterling (1,4 Milliarden Goldmark) gegen 12½ Millionen im Jahr vor dem Krieg. Der mittlere Preis der Tonne war im Dezember 1919 60 Schilling, was einen Reingewinn von 30 Schilling bedeutet.

#### Anschläge in Spanien.

**Berlin, 11. Jan.** Eine Wavider Depesche des „Berl. Lokalanzeiger“ besagt, daß in mehreren spanischen Städten Anschläge auf Großindustrielle stattfinden. In Valencia wurde der ehemalige Vorsitzende der Handelskammer getötet.

#### Die Stimmung in Indien.

**Paris, 11. Jan.** „Intranfigent“ meldet aus London, der indische Nationalkongress habe die Abberufung des Vizekönigs von Indien verlangt.

**London, 10. Jan.** Die „Times“ melden aus Bombay, daß dort ein neuer Streit ausgebrochen ist. Es streiken 45 000 indische Arbeiter in 26 Betrieben.

### Baden.

**Karlsruhe, 11. Jan.** Der Landesausschuß der Zentrumspartei hielt am Donnerstag hier eine Sitzung ab, an der auch die badischen Mitglieder der Reichs- und Landtagsfraktionen teilnahmen. Den breitesten Raum hatte die Aussprache über das Verhältnis von der Zentralgewalt des Reichs zu den einzelnen Ländern. Nach dem „Badischen Beobachter“ herrschte in den Grundfragen Einmütigkeit der Auffassung. Diese Grundzüge erhielten folgende Formulierung: Die durch die politische Entwicklung notwendig gewordene straffere Zusammenfassung aller Kräfte unseres deutschen Volks erachten wir durch die Reichsverfassung vom 11. August 1919 als unzureichend gewährleistet. Unentzählich aber wäre ein Aufgeben der bisherigen Bundesstaaten in einem großpreussischen Deutschland. Wir fordern, daß der durch die Reichsverfassung geschaffenen starken Zentralgewalt des Reichs ein Mindestmaß von Selbständigkeit der Länder zur Ausübung ihres kulturellen Eigenlebens entsprechen muß, die verfassungsmäßig zugesicherte Gesetzgebungshoheit im Sinn ihrer Verfassung auf den ihnen verbliebenen Gebieten auf die Verwaltungshoheit ihrer Regierungen nach Maßgabe der Reichsverfassung umfassen. Eine Einschränkung des Rechts des Beamten der unmittelbaren Reichsverwaltung, auch in den neu in den Reichsteilen etablierten Verwaltungszweigen auf ihren Wunsch in ihren Heimatgebieten verwendet zu werden, müßten wir ablehnen. Zur Anstellung nicht-badischer Beamten der unmittelbaren Reichsverwaltung in Baden soll jeweils zuvor die Zustimmung der zuständigen Regierung eingeholt werden.

**Karlsruhe, 11. Jan.** Die Theol. Fakultät der Universität Heidelberg hat den Kammerstenographen Ernst Fran wegen seiner Verdienste um den Neuaufbau der ev. Landeskirche bei Schaffung einer neuen Kirchenverfassung zum Ehrendoktor ernannt. Ferner wurden Bürgermeister v. Hollander, Präsident der Landessynode, und Stabsarzt Klein in Mannheim zu Ehrendoktoren ernannt.

**Karlsruhe, 11. Jan.** Geh. Kommerzienrat Robert Sinner konnte gestern seinen 70. Geburtstag begehen. Geh. Kommerzienrat Sinner ist der Senjorchef der Weltfirma „Gesellschaft für Brauerei-, Spiritus- und Presshefeherstellung“ vormals G. Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel.

**Forstheim, 11. Jan.** Aus einer hiesigen Fabrik wurden etwa 60 Kilo Silber-Anoden von unbekanntem Täter entwendet.

**Mannheim, 11. Jan.** Von einem Wagen einer hiesigen Güterbeförderer wurden Stoffe im Gesamtwert von 15 000 Mark gestohlen.

**Mannheim, 11. Jan.** Die Rheinschiffahrt ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Im Mannheimer Hafengebiet sind durch das Hochwasser keine Beschädigungen entstanden, die der Schifffahrt hinderlich sind.

**Mannheim, 11. Jan.** Der Schäfer Wilhelm Reuter aus Lohrbach betrieb einen schwinghaften Schleichhandel mit Schafen. Dabei wurde er unterstützt von dem Fleischbesamler Maxin Wilkenberger aus Lutershausen, der die Tiere als Ziegen durchgehen ließ. Die Messer Max Sträßburger und Abraham Epplein verurteilten der Täuschung dadurch Vorwurf zu

lassen, daß sie den Schächtieren die Schwänze entsprechend zurechteten. Im ganzen wurde nachgewiesen, daß Reuterher 243 Hammel zum Preise von 37 000 Mk. verschoben hat. Das Fleisch kam meistens in Heidelbergers Hotels. Reuterher, der erst 21 Jahre alt ist, wurde von der Strafkammer zu 8 Monaten Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Straßburger und Epplein erhielten Gefängnisstrafen von je 5 Monaten und 2000 Mk. Geldstrafe. Mittenberger wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Württemberg.

**Stuttgart, 11. Jan.** (Ausweisung.) Die Städt. Polizeidirektion hat die Ausweisung von Reichsausländern, welche volkswirtschaftliche Schädlinge sind (insbesondere Galizier), planmäßig aufgenommen.

**Stuttgart, 12. Jan.** (Wegen des Betriebsratsgesetzes.) Die Württ. Bürgerpartei veranstaltete am Donnerstag im Städtgärtchen eine stark besuchte Protestversammlung gegen das am 13. Januar in der Nationalversammlung zur Beratung kommende Betriebsratsgesetz. Abg. Dr. Weiskänge r und Abg. Herbst sprachen gegen den Gesetzesentwurf, der den Tod der Industrie bedeuten und die Warenherzeugung nicht fördern, sondern stören würde. In der Aussprache führte Tapeziermeister Abg. Fischer aus, wenn man alles im Gesetz „verankern“ wolle, werde man sich bald nicht mehr bewegen können. Mit dem Handwerkerstand würde auch der Mittelstand zusammenbrechen. Regierungsrat Abg. Ströbel erklärte, die ganze Landwirtschaft lehne das Gesetz im Interesse der Arbeiter, der Allgemeinheit und der Volksernährung entschieden ab. Kommerzienrat Scheerer-Tuttlingen brachte namentlich Bedenken gegen die Festsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre vor. Die Abgeordneten sollen erklären, daß, wenn das Gesetz angenommen werden sollte, die Fabriken am andern Morgen schließen werden. In einer Entschiedenheit wurde sodann das Betriebsratsgesetz in seiner jetzigen Fassung für unannehmbar erklärt.

**Stuttgart, 12. Jan.** (Angestelltenstreik.) Die Zahl der hier in den Ausland getretenen Angestellten des Versicherungsgewerbes beträgt rund 3500. Mit Ausnahme der Allgemeinen Rentenanstalt sind sämtliche Betriebe geschlossen.

Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten, wenn die politischen Forderungen hinsichtlich des Betriebsratsgesetzes von den Streikenden fallen gelassen werden. Der Spruch des Schlichtungsausschusses in Groß-Berlin, daß der Lohnausfall für die streikenden Angestellten von den Versicherungen zu tragen ist, wenn die Arbeitgeber nicht zu den Verhandlungen erscheinen, wird durch die Bereitwilligkeitserklärung der Arbeitgeber hinfällig.

**Stuttgart, 11. Jan.** (Berlegung der Reichsversicherungsanstalt.) Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin soll verlegt werden. Eine Kommission hat neben Dresden und Nürnberg auch Stuttgart besucht. Voraussetzung dafür, daß die Anstalt hierher kommt, ist, daß die Stadt einen Bauplatz von 3 Hektar und ein Gebäude für die große etwa 3000 Köpfe zählende Beamtenschaft zur Verfügung stellt. Auch die Umzugskosten mit rund 3 Millionen Mk. und die Uebertragungszuschüsse für den Neubau der Reichsversicherungsanstalt sollen sichergestellt sein. Unter diesen Umständen würde es der Stuttgarter Stadtverwaltung schwer werden, diese Millionenkosten auf die schwerbelasteten Schultern der Steuerzahler der Stadt zu übernehmen. Eine Entscheidung in der Frage soll im Lauf der nächsten Woche erfolgen.

**Stuttgart, 11. Jan.** (Stromeinschränkung.) Das Städt. Elektrizitätswerk gibt bekannt, daß wegen des verschärften Kohlenmangels, der durch das Hochwasser, die vermehrte Abgabe an die Feinde und den Eisenbahnstreik verursacht ist, vom Montag ab die Stromabgabe auf die Hälfte des bisher zugelassenen Verbrauchs, bei Lichtspieltheatern, Theatern, Konzerten, Wirtschaften usw. auf ein Viertel beschränkt wird. Der Straßenbahnverkehr wird erheblich eingeschränkt.

**Heutlingen, 11. Jan.** (Kundgebung.) Die hiesigen Arbeiter der Metallindustrie legten am Mittwoch vormittag für eine halbe Stunde die Arbeit nieder als Protest gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise. Auch ein Umzug wurde veranlaßt. Da Verhandlungen über neue Lohnzulagen schweben, erklärten die Arbeiterführer, von bestimmten Forderungen abzusehen.

**Freudenstadt, 11. Jan.** (Schneefall.) Hier ist starker Schneefall eingetreten. Die Schneedecke hat eine Höhe von 28 Zentimeter erreicht.

**Berlin, 11. Jan.** In der Zeitung des Zentralverbandes der Angestellten scheint sich eine Krise vorzubereiten, da die radikale Führung der Unabhängigen und Kommunisten immer mehr Widerstand findet.

**Berlin, 11. Jan.** Unter Vorbehalt ist von einer Meinung im „Berl. Tageblatt“ Kenntnis zu nehmen, daß in Verbindung mit großen Protestversammlungen der Leipziger Arbeiterchheit, die am Montag stattfinden sollen, in der Nacht von Sonntag zum Montag mehrere Leipziger Schulen mit Militär belegt werden sollen.

**Prag, 11. Jan.** Staatskanzler Dr. Renner ist gestern in Begleitung von 28 Personen zur Besprechung wirtschaftlicher Beziehungen in Prag eingetroffen.

### Vermischtes.

**Beamten-Gehälter.** Der Kommunalbeamtenverband Groß-Berlin veröffentlicht folgende Zusammenstellung, die sich ebenso gut auf die Verhältnisse jeder anderen Großstadt anwenden läßt: Der Direktor der Berliner Straßenreinigung, der über 20 Jahre im Dienst ist, bezieht 8760 Mk., sein Motorfahrer 9127 Mk. Gehalt. Ein Stadtrat 10 000 Mk., ein Hilfsarbeiter in der Festhalle hat ein Einkommen von 18 000 Mk. Der Hausvater des Blindenheims stellt sich auf 4820 Mk. nach 32 Dienstjahren, der Hausdiener erhält im ersten Dienstjahr schon

6600 Mk. Ein Abteilungschef in der Festhalle ist mit 5500 Mk. angestellt, sein Buchhalter dagegen mit 8700 Mk. Die Garteninspektoren müssen sich mit 6570 Mk. begnügen, während die Gärtner 7070 Mk. erhalten. Ein Diplomingenieur bringt es auf 6600 Mk., sein Diener dagegen auf 8000 Mk. Ein Stadtsaufseher (19 Dienstjahre) hat 5756 Mk. und sein ungelerner Arbeiter (Brückenwärter) 7200 Mk.

**Der Ausverkauf.** Dem „N. Tagblatt“ wird geschrieben: Sagen da zwei Herren in einer Wirtschaft in St. beim Mittagessen, haben ein kleines Mädelchen dazu eingeladen und unterhalten sich mit ihr in angeregter Weise. Aus dem Gespräch geht hervor, daß die beiden Herren Ausländer sind und in St. ankamen, um den schlechten Stand der Saluta tunlichst auszugleichen. Ihr Hauptaugenmerk haben sie auf Nähmaschinen geworfen. Sie wissen ganz gut, daß für ausländische Ausländer ein ganz bedeutender Zuschlag verlangt wird. Die Frage ist nun, wie man diesen Zuschlag umgeht. Nun haben sie anscheinend in einer Nähmaschinenhandlung ein Fräulein kennen gelernt, eben das Fräulein, das sie auf ihre Kosten in lebenswürdiger Weise bewirten lassen. Nun bearbeiten sie dieses Fräulein und suchen sie zu bewegen, sich bei ihrem Vrotherren in der nächsten Zeit auf 8-14 Tage krank zu melden, um während dieser Zeit gegen gutes Entgelt unter Vorgabe, eine Schneiderin zu sein, in den Nähmaschinenhandlungen der Stadt und des Landes Maschinen aufzukaufen. Das Mädel scheint einfüllig genug zu sein, und will den Wünschen der Herren nachkommen. Wie aus dem Gespräch weiter hervorgeht, scheinen die Beiden in ähnlicher Weise bereits mit gutem Erfolg gearbeitet zu haben. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie man es macht, um beim großen Ausverkauf in Deutschland den eigenen Gewinn möglichst hoch genug zu halten. Leider finden sich heute immer noch Leute genug, die derartige Schiebereien unterstützen.

**Marmelade.** Eine Erklärung des seit dem Krieg bei uns so außerordentlich vielgebrauchten Wortes Marmelade wird in der Umschau gegeben und zwar stammt sie von dem bekannten Historiker der Naturwissenschaften Schellens her. Darnach bezeichneten die Griechen im Altertum eine bestimmte Apfelsorte, den Hontigapfel, mit dem Namen Melimelon. Dies Wort ging dann in das Spanische und Portugiesische als „Mermele“ oder „Marmelo“ über und bezeichnete ursprünglich ein aus Quitten hergestelltes Gelee. Allmählich ging man dann aber auch dazu über, andere Gelees „Marmelo“ zu nennen, und um das 18. Jahrhundert herum taucht in französischen Schriften die französifizierte Form dieses portugiesischen Wortes als „Marmelade“ auf als ein Sammelname für die verschiedensten Arten von Fruchtmasse.

**Der hohe Absatz.** Die Chinesinnen im alten Kaiserreiche des Hines amüßten ihre Füße in Gestelle zu zwingen, deren Höhe so hoch war, wie die Sohle lang, und so wurde das Gehorgan der Frauen des ostasiatischen Reiches so verunstaltet, daß die götterhaft verehrten Chinesenfürsten in jedem gesund Empfindenden einen Ekel hervorriefen. Jetzt macht man sich im Reich der aufgehenden Sonne von diesem Joch der Unsinnlichkeit frei, da er bei uns herrscht auf dem Gebiet der Schuhbekleidung noch eine Modetorheit, die nur wenig hinter der chinesischen Absonderlichkeit zurücksteht. Wir meinen den hohen Absatz an den modernen Damenschuhen. Der unverblühte Fuß ist ein Stand- und Gehorgan vollendeter Technik. Er ruht auf drei Stützpunkten, auf der Ferse, dem Grundballen der großen Zehe und dem Grundballen der kleinen Zehe. Die Ferse liegt der Schweregewichtssache des Körpers am nächsten und hat den größten Teil seiner Last zu tragen. Beim natürlichen Gang soll der Fuß im Fußgelenk auf- und niederzwingen, hinten mit der Hade aufrücken und dann von hinten nach vorn über den Boden rollen. Durch den hohen Absatz wird der Hade ihre Eigenschaft als wichtiger Tragpunkt genommen und statt auf der Sohle zu gehen, tippeln die Damen, mit den hohen Absätzen auf ihren Schuhen, auf den Beinen. Durch die hohen Absätze und die dadurch bedingte Gangart werden wichtige Glieder und Organe des menschlichen Körpers aus ihrer natürlichen Lage verschoben, was gesundheitlich äußerst schädliche Erscheinungen hervorruft. Daher, weg mit den hohen Absätzen!

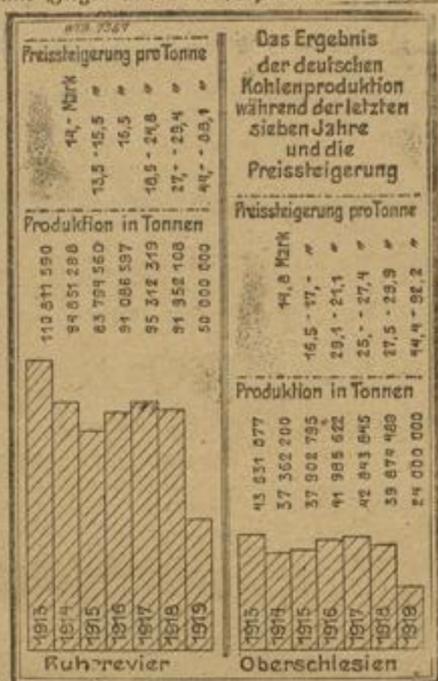
**100 Millionenstiftung.** Der amerikanische Petroleumkönig J. D. Rockefeller hat zu Weihnachten eine Stiftung von nicht weniger als 100 Mill. Doll. gemacht. Sie geht zur Hälfte an die sogenannte Rockefeller-Stiftung, die allgemeinen philanthropischen Zwecken dient, während die andere Hälfte dem allgemeinen Erziehungswesen überwiesen wird zum Zweck einer Verbesserung der Gehälter des Lehrkörpers der amerikanischen Universitäten. Die Einkommensverhältnisse der Hochschulpfessoren in Amerika sind bisher weit hinter den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung zurückgeblieben. Amerikanische Zeitungen erwähnen, daß die Gesamtsumme der Stiftungen Rockefeller's sich jetzt auf 412 Millionen Dollars beläuft, womit der Petroleumkönig den verstorbenen Carnegie bereits um mehr als 50 Millionen geschlagen habe. Nebenfalls ist er seiner Marine tren, die er einmal aufgestellt hat: „Mache soviel Geld wie du kannst; halte so viel fest wie du kannst; gib so viel weg wie du kannst!“

**Was alles gestohlen wird.** In der Turnhalle in Deckingen (Hohenzollern) hat ein Dieb dem Sprungherd um einem Sprungpfeiler das Leder abgezogen. Der Schaden beträgt 800 Mark.

**Das Tabakmonopol.** Die Tabakinteressenten in Spanien verlangen die Aufhebung des Tabakmonopols.

**Die Viehzucht in der Schweiz.** Seit dem Spätsommer 1919 herrscht in der Schweiz die Maul- und Klauenseuche in einem Umfang, wie er noch nie erlebt worden ist. Die Seuche wurde aus Italien eingeschleppt durch schweizerisches Vieh, das im italienischen Veltlin auf die Weide getrieben worden war. Sie breitete sich fast über die ganze Schweiz mit der gleichen Schnelligkeit aus, wie vordem die Grippe. Viele Tiere sind an Herzschlag verendet. Nach der amtlichen Erhebung sind 1770 Ställe und 96 Weideplätze von der

Seuche ergriffen worden; 18 000 Stück Großvieh und 13 000 Stück Kleinvieh waren erkrankt, das sind 2,1 Prozent des gesamten Viehbestands der Schweiz. Geschlachtet wurden 6500 Stück Großvieh und 3600 Stück Kleinvieh. Am stärksten verheert war der Kanton Freiburg mit 10 800 erkrankten Tieren. Jetzt scheint die Seuche zum Stillstand gekommen zu sein, in einzelnen Gegenden geht sie langsam zu. Auch Frankreich ist stark heimgegriffen. Im Dezember waren dort 3830 Gemeinden und 13 836 Gehöfte verheert. Die Zahl der Erkrankungen betrug 18 940 Stück Großvieh, 15 000 Schafe und Ziegen und 3000 Schweine.



**Studentenzeitung.** Der Allgemeine Studentenausschuss in Tübingen gibt von jetzt ab eine „Tübinger Studentenzeitung“ heraus, die während des Semesters alle 14 Tage erscheint und den Studierenden kostenlos zufließt.

**Neue Zeitung.** Vom 1. Februar ab soll in München von der neu gegründeten „Bayerischen Königsparthei“ eine Tageszeitung, der „Bayerische Königsbote“, herausgegeben werden.

**Hochwasser in Amerongen.** Das Schloss, das der frühere Kaiser in Amerongen bewohnt, ist nach der Wasser Nationalität von Ueberschwemmung bedroht. Die Dämme rings um das Gut sind erhöht worden, wobei der Kaiser mit Hand anlegte.

**Explosion.** Beim Einfüllen von Benzin in Autos auf dem Provinzialamt in Berlin-Moabit explodierte ein Benzinfäß. Zwei Personen sind tödlich, fünf schwer und zwei leicht verletzt. Wahrscheinlich ist ein weiterer Mann in den Flammen umgekommen.

**Verrat.** In einer großen chemischen Fabrik in Berlin, die erst während des Kriegs entstanden ist, entwickelten zwei technische Angestellte wichtige Zeichnungen, Beschreibungen und andere Fabrikationsunterlagen und boten sie dem Vertreter einer feindlichen Macht zum Kauf an. Im letzten Augenblick konnte das wertvolle Material durch einen Kriminalinspektor den Verrätern noch abgenommen und gerettet und die deutsche Industrie vor einem schweren Schaden bewahrt werden. Auch in Ludwigshafen hat, wie bereits gemeldet, ein Angestellter der Bad. Anilin- und Sodafabriken wichtige Fabrikationsgeheimnisse gegen Bestechungsgelder an die Franzosen verraten.

**Finnland als Einwanderungsgebiet.** Durch hohe Löhne verlockt, haben in letzter Zeit zahlreiche deutsche Arbeiter Stellungen in industriellen und gewerblichen Betrieben in Finnland angenommen, ohne zu bedenken, auf welche fabelhafte Höhe die Lebensmittelpreise dort steigen sind, und welche Wuchersummen infolge der großen Wohnungsnot für die Zimmer zu bezahlen sind. Kostet doch ein möbliertes Zimmer 200-300 Finn. Mk. im Monat, 1 kg. Brot 2,98 Mk., ein Kugeln 600 bis 1500 Mk. (die finnische Mark = 1,35 Mk.). Nur wer eine feste Anstellung und eine sichere Wohnung hat, kann es unter diesen Umständen wagen, nach Finnland zu gehen.

**Wenn nur hilft!** Vom Oberland wird uns geschrieben: Wingen da zwei alte, aber noch rüstige Männer, denen es nicht wohl war, in die Oberamtsstadt zum Arzt, um nach dem „bummen Ding“ schauen und sich eine „Gut-ter“ (Flasche) verschreiben zu lassen. Vor ihrem schweren Gang trank jeder noch drei Steine Bier. Dann gingen zum Arzt und der konsultierte bei beiden Lungenentzündung, verschrieb ein Rezept und befahl beide heim ins Bett. Der eine tat's und kam mit 14 Tagen davon. Der andere war eigenständiger, ging zu einem befreundeten Wirt und trank vor dem Nachhausegehen nochmals drei Steine Bier. Andern Tags war er gesund. Die beiden Alten haben „70“ mitgemacht, und der sich gesund getrunken, ist sogar anno 68 dabei gewesen.

**Der Ausverkauf.** Die Münchener Presse teilt mit, daß die Maschei'sche Maschinenfabrik in München, eines der größten Werke in Bayern, ja in Deutschland, an einen großen amerikanischen Trust verkauft sei.

**Das Hochwasser des Rheins** hat bei dem Dorf Mehrum (bei Dinslaken) den Damm durchbrochen. Einige Dörfer stehen unter Wasser und mühen geräumt werden. Die Eisenbahnlinie Oberhausen-Wesel ist bedroht.

Infolge Rückgangs des Hochwassers konnte am Montag die Schifffahrt auf dem Rhein wieder aufgenommen werden.

**Kohlenschleppungen.** In Gelsenkirchen wurden drei Eisenbahnbeamte verhaftet; die allein im letzten Monat von der Lieferung einer Tonne 18 Waggons Kohlen nach Düsseldorf und Osnabrück verschoben haben. Die Schlepphändler zahlten den ungetreuen Beamten für den

Februar 6,50 Mark und verhöhen die Kohlen weiter.

**Endlich auch eine Hilfe für deutsche Kinder.** Mitte Januar wird ein Sonderzug für die unterernährten deutschen Kinder aus den Niederlanden in Thüringen erwartet. Der Prinz der Niederlande, Vorsitzender des niederländischen Roten Kreuzes, wird den Zug begleiten.

**Lufstanto.** In Frankreich wurde ein zweiflügeliger Kraftwagen gebaut, der durch eine zweiflügelige Luftschraube nach Art der Flugzeuge in Bewegung gesetzt wird. Der Wagen wiegt 225 kg. und soll bei einer Geschwindigkeit von 80 Kilometer in der Stunde nur einen Benzinverbrauch für den spierdigen Motor von 4 Liter für 100 Kilometer haben.

Nach der „Frankf. Ztg.“ ist das Gebäude der Hamburg-Amerika-Linie in New York von dem Verwalter feindlichen Eigentums an das Bundesverwaltungsamt für 2 Millionen Dollar verkauft worden.

**Vermißtes Schiff.** Seit dem 23. Dezember wird der britische Dampfer „City of Calcutta“ mit 300 Reisenden vermisst.

**Erdbeben.** In verschiedenen Gegenden Mexikos, namentlich in der Provinz Veracruz, wurden heftige Erdstöße verspürt. Man meldet über hundert Tote. Der Schaden ist groß. Auch ein Seeben auf der Höhe von Veracruz erforderte Menschenleben und verursachte gewaltigen Schaden.

## Gemeinfäßliche Belehrung über Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche nimmt in der Regel einen gutartigen Verlauf und heilt in 1 bis 2 Wochen ab. Sie kann aber auch bösartig verlaufen und während ihrer Entartung oder während der Abheilung zu plötzlichem Tode führen. Ferner können junge Tiere (Kälber, Ferkel) nach Verfertigung roher Milch schnell zu Grunde gehen, ohne deutliche Erscheinungen der Seuche zu zeigen. Endlich können sich im Anschluß an die Maul- und Klauenseuche schwere Folgekrankheiten entwickeln (heftige Entzündung, schwere Klauenentzündung), die das Leben der Tiere gefährden. Dies ist namentlich bei mangelhafter Maul- und Klauenpflege und ungenügender Einstreu der Fall. Im übrigen kann auch bei gutartigem Verlauf der Maul- und Klauenseuche eine erhebliche Schädigung eintreten durch Abmagerung, Verringerung des Milchtrags und bei trächtigen Tieren durch Verwerfen.

Der Verlauf der Maul- und Klauenseuche kann durch geeignete Fütterung (Vermeidung harten, feingliedigen Futters), durch reichliche Einstreu, sobald die Tiere trocken stehen, sowie durch Behandlung der Klauen und Euter der kranken Tiere nach tierärztlicher Anleitung günstig beeinflusst werden. Eine Behandlung der Veränderungen am Maule ist nicht erforderlich. Gegen die bösartige Maul- und Klauenseuche und das Sterben der jungen Tiere hat sich die Anwendung des Pöfler'schen Maul- und Klauenentseifers gut bewährt. Vor der Anwendung von Geheimmitteln zur Behandlung maul- und klauenfeuchter Tiere ist zu warnen.

Durch die künstliche Ansteckung der noch gesunden Tiere eines verseuchten Bestandes mit dem Speichel eines in gewöhnlicher Weise an Maul- und Klauenseuche erkrankten Tieres kann die Dauer der Seuche in einem Bestand erheblich abgekürzt werden. Ein weiterer Vorteil der künstlichen Ansteckung ist, daß die durch sie herbeigeführte Seuche häufig milder, als die durch natürliche Ansteckung verursachte, und oft nur in Form der Maul- und Klauenentzündung verläuft, wenn man den Speichel von einem geringgradig erkrankten Tiere nimmt.

### Krankheitsmerkmale an den toten Tieren.

Bei Tieren, die an bösartiger Maul- und Klauenseuche plötzlich gestorben sind, findet man außer den Veränderungen am Maule und an den Klauen eine grauschleimige Beschaffenheit des Herzmuskel. Bei Tieren, die während der Erkrankung an Maul- und Klauenseuche geschlachtet werden, beschränkt sich der Befund in der Regel auf die schon während des Lebens wahrnehmbaren Veränderungen.

### Anzeigepligt und Maßnahmen vor polizeilichem Einschreiten.

Wenn ein Tier unter den Erscheinungen der Maul- und Klauenseuche, oder unter Erscheinungen, die den Ausbruch der Seuche befürchten lassen, erkrankt, so ist unverzüglich der Polizeibehörde Anzeige zu machen, auch sind die kranken und verdächtigen Tiere von Orten, an denen die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere besteht, fernzuhalten. Aus verseuchten oder verdächtigen Gehöften sollen vor polizeilichem Einschreiten weder Klauenere weggebracht, noch Milch ohne vorherige Abkochung oder sonstige ausreichende Erhitzung abgegeben, noch Dünger abgefahren werden. Auch ist das Betreten der Ställe oder sonstigen Standorte durch fremde Personen nicht zu gestatten.



**Vom Büchertisch.** Im Verlag Otto Hermann Höplich, Dresden, erschien in 9. Auflage: *Handbuch des Technischen Praktikum für jeden Techniker*, wie überhaupt für Jeden, der sich der Technik zuwenden will. Seit Erscheinen des Praktikum sind über 25000 Exemplare abgesetzt worden, ein Beweis dafür, wie sehr ein solches Werk auf dem Büchermarkt gefehlt hat. Der Umfang des nützlichen Werkes beträgt 2 Bände und ist durch die Buchhandlungen zum Preise von 15 Mk. zu beziehen.

## Votales.

**Heimkehr der Gefangenen.** Wie der Bremer „Bund“ vernimmt, sind die Vorbereitungen für den Heimtransport einer bedeutenden Anzahl von deutschen Kriegsgefangenen — man spricht von 25- bis 30 000 — ins Südfrankreich durch die Schweiz nunmehr beendet, so daß alsbald nach dem Austausch der Ratifikation mit dem Transport begonnen werden kann. Wahrscheinlich werden wöchentlich zwei Sonderzüge mit je 600 bis 800 Gefangenen von Genf nach Konstanz geführt werden.

**Personenstand der Deutschen ev. Mission.** Am 1. Oktober 1919 waren insgesamt noch 463 deutsche ev. Missionare und 45 Schwestern auf den Missionsfeldern tätig. 275 Missionare und 36 Schwestern standen im Heimatdienst ihrer Gesellschaften. Im Kirchenamt standen 201, im Schuldienst 46, in sonstigen Stellen 45 Missionare. In Gefangenschaft befanden sich noch 110 Missionare und 20 Zöglinge von Missionsseminaren. Die Gesamteinnahmen der deutschen ev. Missionsgesellschaften betragen 1913, dem Jahr der Kaiserkrönung, Mk. 8 232 259, 1914 5 240 543, 1915 5 732 569, 1918 7 413 917; für das Jahr 1919 liegen die entsprechenden Zahlen noch nicht vor.

**Zur Frage der Einstellung des Personenverkehrs** wird vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt, daß die allgemeinen Verhältnisse zu einem solchen Eingriff vorerst keinen Anlaß bieten. Nach der Bestätigung des Friedensvertrags wird allerdings eine größere Anzahl feindlicher Truppen in die Abstammungsgebiete zu befördern sein, außerdem müssen die heimkehrenden Gefangenen in ihre Heimat geleitet werden. Es ist noch nicht zu übersehen, in welchem Maße dadurch eine Mehrbelastung der Eisenbahnen herbeigeführt wird; wenn aber nicht anderweitige Störungen hinzutreten, besteht die Hoffnung, daß die Einstellung des Personenverkehrs nicht notwendig wird.

**Die Schnellzüge auf der Schwarzwaldbahn.** Es ist beabsichtigt, sofern es die Kohlenvorräte, der Bestand an betriebsfähigen Lokomotiven und die allgemeine Betriebslage gestatten, auf der Schwarzwaldbahn die Schnellzüge D 175, Konstanz ab 8,55 Uhr vorm., Offenburg an 1,20 Uhr nachm. und D 176, Offenburg ab 1,55 Uhr nachm., Konstanz an 9,30 Uhr in nächster Zeit wieder einzulegen. Die beiden Schnellzüge erhalten in Offenburg unmittelbaren Anschluß nachmittags Karlsruhe an 2,59 Uhr und Karlsruhe ab Zug D 270 um 3,22 Uhr nachm., Offenburg an 4,46 Uhr. Der Zeitpunkt wird noch bekannt gegeben.

**Die Forderungen der Eisenbahner.** Der Bayerische Eisenbahnerverband teilt uns mit: Der Bad. Eisenbahnerverband hat als Ausgleich gegenüber den neuen Preissteigerungen an die Regierung und an den Landtag folgende Forderungen eingereicht: 1. Nachbezahlung der Restbeträge der Beschaffungsbeiträge; 2. Gewährung eines Lohn- und Gehaltsausgleichs (ab 1. Januar 1920 bis zur Einführung des neuen Lohn- und Gehaltsbariss) monatlich 400 Mk.; 3. Erhöhung der Kinderzulage um 50 Mk. Mit Einführung des neuen Lohnwerks und der Reichsbesoldungsordnung wird die Neuregelung der Bezüge so erleichtert, daß das an sich unerwünschte Zulagewesen fallen kann.

**Heimkehr der Gefangenen.** Nach der Bestätigung des Friedensvertrags soll mit der Heimkehr der Kriegsgefangenen begonnen werden. Zuerst kommen die Gefangenen aus den linksrheinischen Gebieten zur Entlassung, was etwas 20 Tage beanspruchen dürfte. Dann folgen die Gefangenen aus dem übrigen Reich. Da es sich um 410 000 Gefangene handelt und täglich 6000 Mann befördert werden sollen, so würden, wenn alles gut geht, in etwa 2 1/2 Monaten sämtliche Gefangene in Freiheit sein. Man wird aber wohl mit einer längeren Frist rechnen müssen.

**Tarifverträge.** Beim Reichsarbeitsministerium ist von beteiligter Seite beantragt worden, den vom Deutschen Metallarbeiterverband mit dem Graveur- und Ziseleubund am 24. November abgeschlossenen Tarif- und Arbeitsvertrag für das ganze Reich verbindlich zu erklären. Einwendungen können bei dem Ministerium, Berlin, Luisenstraße 33, bis 31. Januar erhoben werden.

Der Tarif- und Arbeitsvertrag mit dem D. Holzarbeiter-Verband, Gau Stuttgart, soll nach einem Antrag für alle Schreinereien und sonstigen Betriebe für maschinelle Holzbearbeitung in Württemberg und Hohenzollern Geltung erhalten. Einwendungen sind bis 20. Januar beim Reichsarbeitsministerium einzureichen.

**Abzug von „Fahrtkosten“ bei der Steuerentschätzung.** Die nächsten Steuerentschätzungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Da steht wohl jeder vor der Frage: Wieviel Einkommen soll ich anzeigen? Oder richtiger: Was alles kann ich von meinem Gesamt-Einkommen in Abzug bringen? Hierbei dürfte die Frage allgemein interessieren, ob man auch die Fahrtkosten von der Wohnung nach der Arbeitsstätte mit abziehen darf. Diese Angelegenheit hat schon mehrfach die zuständigen Verwaltungsgerichte beschäftigt. Die Entscheidungen widersprechen sich zwar, in der Hauptsache wurde die Frage aber bejaht, da man derartige Kosten als abzugsfähige „Werbungskosten“ auffassen muß, nicht als Privat- oder Haushaltungskosten. Ein Urteil des preussischen Obergerichtspräsidenten lautet dahin, daß von Fall zu Fall entschieden werden müsse. Es könne z. B., wenn die Arbeitsstätte, das Geschäft, das Büro usw. in einem teuren Stadtteil liegt, z. B. dem Zentrum einer Stadt, niemand zugemutet werden, deshalb auch in diesem Stadtteil zu wohnen, und einen Mietpreis zu zahlen, der über seine Verhältnisse geht. Ebenso kann niemand zugemutet werden, bei einem Wechsel seiner Arbeitsstelle sogleich die bisherige Wohnung aufzugeben. In diesen oder ähnlichen Fällen ist das Fahrtgeld also abzugsfähig! Nicht aber z. B. dann, wenn jemand aus persönlichen Gründen weit weg von der Arbeitsstätte wohnt, z. B. in einer nahen Sommerfrische oder sonstwie auf dem Lande, ohne dazu wirtschaftliche gezwungen zu sein!

**Weinpreise und Ortsvorsteher.** Die die „Wirt-tembeggische Gemeindezeitung“ mitteilt, stellen einige Ortsvorsteher des Remstals gegen die „Schwäbische Tag-Blatt“ Strafantrag wegen eines Artikels, worin den Ortsvorstehern von Weinorten vorgeworfen wird, sie hätten falsche Beurkundungen über die Weinpreise gemacht.

Zigaretten dürfen nicht teuer verkauft werden, als die aufgedruckten Kleinhandelspreise vorschreiben; sonst macht sich der Verkäufer strafbar, auch wenn er einen höheren Preis für die Ware bezahlt hat. Diese Rechtslage ist in einer Sitzung der Preisprüfungsstelle Erfurt ausdrücklich festgestellt worden, von der jetzt das Reichswirtschaftsministerium Mitteilung macht. Anlaß bot ein Fall, in dem Zigaretten mit aufgedrucktem Kleinverkaufspreis von 15 Pfennig für das Stück zu 45 Pfennig an die Verbraucher verkauft wurden.

### Berichtigung.

Ich verzichte darauf, die einzelnen Behauptungen des Gemeinderats Citel I in Nr. 8 des Bl. zu widerlegen, da dies in dem bevorstehenden Verfahren erfolgen wird und da weitere öffentliche Erörterungen für die Stadt und die Hochwasserbeschädigten nachteilig sein können. Nur kurz folgendes:

- 1) Es ist unwahr, daß Citel im Jahr 1913 einen Antrag bezgl. des Rechens stellte und daß ich diesen Antrag nicht behandelte. Citel hat m. Er. 1912 oder 1913 nur am Schlusse einer Sitzung den Rechen oder seine Befestigung beanstandet. Seine eigene Schilderung der Vorgänge in der fragl. Sitzung (Herbeirufen des Stadtbauameisters, Zureden desselben, nochmalige Neuherung Citels) beweist ja gerade, daß ich seiner Beanstandung sofort eine erschöpfende Behandlung angedeihen ließ. Wenn der Gemeinderat und ich dann dem Gutachten des dazu berufenen städt. Technikers Glauben schenken und ein Beschluß auf Entfernung oder Freimachung des Rechens unterblieb, so trifft weder den Gemeinderat noch mich ein Verschulden.
- 2) Es ist unwahr, daß ich die von Citel behauptete Neuherung getan habe und es ist unwahr, daß mir ein älteres Gemeinderatsmitglied dies ins Gesicht behauptete. Was sollte mich, der doch von sich sagen darf, daß er sich in unablässiger Sorge für das ihm anvertraute Gemeinwesen verbräutet, veranlassen, eine derartige Neuherung zu tun und damit der Stadt zu schaden?

Wildbad, den 13. Januar 1920.

Stadtschultheiß Böhner.

Oberamt Neuenbürg.

### Höchstpreise für Milch u. Butter.

Auf die im Staatsanzeiger Nr. 300 vom 31. Dez. vor. Jz. veröffentlichten Verfügungen des Ernährungsministeriums über Höchstpreise für Milch und Butter vom 30. Dez. 1919 wird hiemit hingewiesen:

Hienach beträgt:

#### a. Milch

der Erzeugerpreis für 1 Liter Sennmilch ab Stall . . . . . 75 ⚡  
frei Sammelstelle . . . . . 78 ⚡

Der Verbraucherpreis ist durch die Gemeinden festzusetzen.

#### b. Butter

der Kleinhandelspreis für 1 Pfund  
Molkereibutter Handelsware I . . . . . 8 ⚡  
Landbutter . . . . . 7 ⚡ 32 ⚡  
Den 7. Januar 1920. Bullinger.

Veröffentlicht!

Wildbad, den 10. Januar 1920.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

### Codes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser guter Vater, Großvater, Schwager und Onkel

**Joh. W. Seyfried**  
in Nonnenmiss

nach kurzem Leiden sanft verschieden ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch nachm. 3 Uhr.



### Schuhwaren!

**Pantoffeln**

und Hauschuhe mit Ledersohlen

Gummi-Abfäße, Leder, Maccos, Seide n. Eisen-garnriemen, sowie feinste, geruchlose Schuhereme in schwarz, weiß und farbig empfiehl

Hermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.

### Wut!

Das Furchtbare, das wir erlebt,  
Noch lastet es wie Wettergauen!  
Auf jedem Herz, und wehmutsvoll  
Nach besserer Zeit zurück wir schauen.  
Allein was hilft's? Tot ist, was tot,  
Wir müssen vorwärts, vorwärts schauen!  
Erspäh'n wir auch kein Morgenrot,  
Wir wollen doch der Zukunft trauen!  
Denn deutscher Geist und deutsche Kunst,  
Sie werden nie des Todes sterben.  
Wohl sind wir arm an irdischem Gut,  
Doch sind wir edler Schätze Erben.  
Und Neues schafft die neue Zeit,  
Aus Tiefen wird ja stets geboren,  
Was reift für die Unsterblichkeit.  
Wer an sich glaubt, ist nicht verloren.

Drum hoch das Haupt, wie trauervoll  
Auch unser Herz ob des Verlorenen.  
Im Reich des Geistes, da ist Raum,  
Da sind wir noch die Erstgeborenen!

M. S.

### Aus dem Bezirk.

\* Wildbad, 13. Jan. (Friedel) Am Samstag nachmittag 4 Uhr ist im Ministerium des Auswärtigen in Paris die Unterzeichnung des Schlußprotokolls vollzogen worden. Nun haben wir Frieden. Aber wir haben keinen Anlaß, darüber in Freude auszubrechen. Es ist ein Schmachtfriede, wie er noch nie einem großen Volk aufgezwungen worden ist. Aber das deutsche Volk wird nicht zu Grunde gehen, trotz der schwersten Opfer, die ihm auferlegt werden. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß wir eines Tages wieder aus der Knechtschaft emporsteigen werden zu neuen Taten, zu neuem Ruhm.

### Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Infolge Einführung des Wochenhilfe- und Wochenfürsorge-Gesetzes vom 26. September 1919, der erhöhten Honorarforderung der Kassennärzte sowie der sonstigen erhöhten Ausgaben der Kasse infolge der sich immer steigenden Teuerung ist unsere Kasse genötigt, die Beiträge auf 7% des Grundlohnes zu erhöhen.

Laut übereinstimmender Beschlüsse des Kassenvorstandes und Kassenausschusses vom 27. Dez. 1919 betragen mit Wirkung vom 22. Dezember 1919 ab die Beiträge pro Woche und

in Klasse	I	—	39 ⚡
	II	—	63 ⚡
	III	1	02 ⚡
	IV	1	44 "
	V	1	86 "
	VI	2	28 "
	VII	2	70 "
	VIII	3	12 "
	IX	3	54 "
	X	3	96 "
	XI	4	20 "

Für die freiwilligen Mitglieder werden Beiträge nicht unter der IV. Klasse erhoben.

Neuenbürg, 7. Januar 1920.

Kassen-Vorsitzender:

Eugen Seeger.

Hauptkassier:

Beiser.

### Freiwillige Versteigerung.

Im Auftrag der Erben der **Christine Krauß**, geb. Mutterer, Witwe des **Wilhelm Krauß**, Schuhmachers und Gemeinderats in Wildbad werden am

**Donnerstag, den 15. Januar 1920,**  
**vormittags 11 Uhr,**

die Grundstücke der Markung Wildbad  
Geb. B 97 und 97 a — 2 a 30 qm Wohnhaus, Werkstätte, Remise und Hofraum an der König-Karlstraße  
Parz. 425 . . . . . 6 a 90 qm Acker, Grasrain und unbeest. Weg in der vorderen Nennbach  
Parz. 426 . . . . . 13 a 25 qm desgleichen.  
Parz. 300/2 . . . . . 85 qm Wiese in Hauswiesen in der hiesigen Notariatskanzlei zum erstenmal öffentlich versteigert.

Wildbad, den 7. Januar 1920.

Not. u. Verw. G. L. G.

### Füchse-, Marder-, Iltis-, Kanin- etc. Felle

kauft zu höchsten Tagespreisen

**K. Schrempf, Kürschnermeister**

Telephon 877 Pforzheim Westl. 22.

### Wohnungsmieter!

Sämtliche in Wohnungsmiete sich befindlichen wollen sich am **Mittwoch Abend 7 Uhr im Saale zur „Alten Linde“** zwecks wichtiger Besprechung einfinden.

Kein Mieter darf fehlen.

Die Interessen der Wohnungsmieter stehen auf dem Spiele.

Erscheint alle ohne Unterschied.

Mehrere Einberufer.

### Heirats-Gesuch.

Zwei gute Freunde, 21 und 28 Jahre alt, wünschen zwecks späterer Heirat die Bekanntheit von zwei lieben, evgl. Schwarzwaldmädels zu machen. Vermögen erwünscht.

Gefl. Angebote, womöglich mit Photographie unter **A. K. 7** an die Exped. ds. Bl. erbeten.

### Achtung! Achtung!

**Maurer Zimmerer und Gipser**  
heute Abend 7 Uhr im „Bad. Hof“  
**Versammlung.**

Pünktliches Erscheinen notwendig.

Die Streikleitung.

Wir sind genötigt, folgende Bedienungspreise für die Friseurgeschäfte des O.M. Neuenbürg ab heute festzusetzen:

Rasierern	40 Pf.
Haarschneiden	1 Mk.
Bartschneiden	80 Pf.
Kopfwaschen	80 Pf.
Kinder-Haarschneiden	50—70 Pf.
Anfertigung von Zöpfen und Teilen	15 Mk.

Samstags und Sonntags Haarschneiden doppelte Preise.

Der Geschäftsbetrieb ist von morgens 8 bis abends 7 Uhr, Samstags bis 9 Uhr.

Schwarzwald-Friser-Jungung:

Obermeister Wth. Weinstein.

### Verloren eine Brillantbrotsche

(Schildkrötenform) von der Alten Linde bis zur Villa Hohenlohe. Der ehrliche Finder erhält

**50 Mk. Belohnung.**

Abzugeben bei **Frau Schade, Villa Hohenlohe.**

### Dresdner Bank

Aktienkapital und Reserven

Mk. 340 Millionen

Stuttgart Cannstatt

Heilbronn Ulm

### Karbid

zu haben in der Drogerie  
Grundner Nachf.  
Gebr. Schmit, Wildbad.

### Kaufe alte Gebisse

zu noch nie dagewesenen hohen Preisen.

### Gold- u. Silbergeld

zähle für 1 Mark =	5 ⚡
„ „ 2 „ =	10 „
„ „ 3 „ =	15 „
„ „ 5 „ =	25 „
Zehn M. Gold =	100 „
Zwanz. M. „ =	200 „

Komme nach dorten und erbitte sofortige Abreise-angabe an: **Fr. A. Wolf, Pforzheim Alt-Kirchenweg No. 12.**

### Piano

Guterhaltenes  
ober Flügel aus Privat-hand zu kaufen gesucht. Angeb. unter Schiffe **S. 1473** an **Rudolf Mosse, Stuttgart** erbeten.

### 2 neue eichene Tische

hat im Auftrag zu verkaufen  
Bauh. Schreiner  
Reinbachstr. 133.

### Elektrische Batterien

mit Messingpolen.  
Medic.-Drogerie  
Gebr. Schmit, Wildbad.

Eine gebrauchte, gut-haltene

### Badewanne

evtl. auch mit Badofen zu kaufen gesucht.  
Angebote unter **N. 10** an die Exped. ds. Bl. erb.

### 2-Zimmerwohnung

(oder 1 großes Zimmer) mit Zubehör für ein alleinstehendes Fräulein per 1. April gesucht.

Angebote unter **B. 9** an die Exped. ds. Bl. erb.

### Gv. Kirchendorf

Dienstag Abend 8 Uhr

Singstunde

Wistkarten liefert schnell  
Verlagsdruckerei.

